

Calmer & Co. Calw

Nr. 139.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigepreis: Die kleinste Zeile 60 Pfg. Resten 2. — Mt. — Auf Samstagsausgaben kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Freitag, den 18. Juni 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung Mt. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mt. 12.00 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

Die Angst vor der Verantwortung.

* Die Mission Dr. Trimborns ist immer noch nicht erledigt. Nachdem es gestern den Anschein hatte, als ob eine Regierung unter der Reichszanzlerschaft Dr. Mayers zustande käme, die sich zwar auf keine große Mehrheit hätte stützen können, die uns aber doch aus den Schwierigkeiten wenigstens zunächst befreit hätte, machte die inzwischen eingetroffene Absage Dr. Mayers einen Strich durch die Rechnung. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat auf die Anfrage des Reichspräsidenten, ob er bereit sei, das Amt des Reichszanzlers anzunehmen, unter Hinweis auf die Wichtigkeit seiner gegenwärtigen Aufgabe in Paris die Zusage abgelehnt. Es ging ihm also wie den Mehrheitssozialisten und den Deutschen Volksparteilern, die beide nicht in die Regierung eintreten wollten, weil es bequemer und leichter ist, die Verantwortung andern zuzuschreiben. Eine der ersten großen Aufgaben der neuen Regierung bildet bekanntlich die Konferenz in Spa. Der Erfolg der dortigen Verhandlungen wird den Präzedenzfall für die Tätigkeit der neuen Regierung in außenpolitischen Fragen abgeben. Fast will es scheinen, als ob unsere Politiker sich vor dem Gang nach Spa fürchteten, der unter Umständen — wir wollen es nicht hoffen — zu einem Sancessgang werden kann. Die Angst vor der Verantwortung ist der wahre Grund für die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Kabinettsbildung. Die Parteien denken immer nur an den Misserfolg, den sie sich möglicherweise bei einer Regierungsbeteiligung holen könnten, anstatt in erster Linie an die Not des Vaterlandes zu denken, hinter der jeder selbstsüchtige Gedanke zurücktreten sollte.

Dr. Trimborn hält indessen seine Aufgabe noch nicht für gescheitert. Seine vorläufigen Abtastungsversuche gehen weiter und bewegen sich vorläufig noch auf derselben Bahn wie bei dem mißlungenen Versuch Dr. Mayer. Eine Wolffnachricht besagt: Dr. Trimborn berichtete gestern vormittag dem Reichspräsidenten über den Fortgang seiner Verhandlungen. Der Reichspräsident dankte Dr. Trimborn für seine Bemühungen, die wesentlich zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten beigetragen hätten. Zur Zeit verhandelt der Reichspräsident mit dem Präsidenten der Nationalversammlung Fehrenbach wegen Uebernahme des Reichszanzleramtes. — Von gestern Abend wird ferner gemeldet: Die Lage der Regierungsbildung ist noch ungeklärt. Nach den Abendblättern scheint sich der Präsident der Nationalversammlung, Fehrenbach, gegenüber der Anregung, die Kabinettsbildung zu übernehmen, nicht mehr unbedingt ablehnend zu verhalten. Dem „Vorwärts“ zufolge wandte sich Präsident Fehrenbach zunächst an die Demokraten und die Deutsche Volkspartei. Dasselbe Blatt verzeichnet dann noch die Meldung, wonach die Demokraten nicht abgeneigt seien, den Versuch zu machen, durch den Abgeordneten Schiffer ein Kabinettszustande zu bringen. — Die „Boschische Zeitung“ faßt die vorliegenden Nachrichten dahin zusammen, daß die Bildung eines auf Zentrum und Demokraten gestützten Fachministeriums bevorstehe, das im Herbst Anschluß nach links erstreben dürfte, um sich aus der mehrheitssozialistischen Fraktion zu ergänzen. Damit würde die alte Koalition wieder hergestellt.

Die heutigen Berliner Morgenblätter bringen verschiedene Mitteilungen über die Bemühungen Dr. Trimborns und Fehrenbachs. Im Grunde ist es ein wenig erquickendes Rätselraten. Aus Berlin wird unter dem heutigen Datum gemeldet: Daß Dr. Trimborn mit seinem Vorschlag, die Bildung des Kabinetts dem Pariser Geschäftsträger Dr. Mayer zu übertragen, bei der Bayerischen Volkspartei auf Widerstand stieß, der Dr. Mayer als Abgeordneter angehört, wird erst nachträglich bekannt. Allgemein aber wird anerkannt, daß in dem bisherigen Präsidenten der Nationalversammlung für die verwickelten Aufgaben eine Persönlichkeit gefunden wurde, die durch die verbindliche Art ihres bisherigen parlamentarischen Auftretens einer gewissen Zustimmung der verschiedenen Parteien sicher sein kann. Die Bemühungen Fehrenbachs, ein Kabinetts aus den drei alten Koalitionsparteien zustande zu bringen, hatten bis zur späten Nachmittagsstunde keinen Erfolg. Die Sozialdemokraten erklärten, lt. „Berl. Tagebl.“, endgültig, daß sie nicht an der Regierungsbildung sich beteiligen würden. Sie würden angehts der Verhandlungen in Spa dem neuen Kabinetts keine Schwierigkeiten bereiten, behielten sich aber alle Schritte vor, falls die Regierung eine arbeitserfreundliche Politik einschläge. — Wie der „Vorwärts“ meldet, verhandelte Fehrenbach gestern mit den demokratischen Abgeordneten Haas, Hauptmann und Petersen, mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Helzge, und den Sozialdemokraten Hermann Müller und Lbbe. Dabei wurde

wiederum der Plan, die alte Koalition weiterzuführen, zur Diskussion gezogen, jedoch alsbald fallen gelassen, da die Sozialdemokraten auf ihrem ursprünglichen Standpunkt beharrten. Es könne danach wieder nur eine Regierung der bürgerlichen Mitte in Betracht kommen, an der sich Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei beteiligen. Unter diesen Umständen sei der Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion von heute Morgen große Bedeutung zuzuschreiben. Die Demokraten wünschten ziemlich weitgehende Zusicherungen, daß die Sozialdemokraten sich gegenüber einer Regierung, in der sie vertreten seien, nicht unfreundlich stellen werden. Nach ihrer Entscheidung vom heutigen Tag werde sich Fehrenbach entschließen, ob er seine Bemühungen weiter forsche. Sollte der Beschluß der Demokraten für die neue Regierungsbildung günstig ausfallen, so dürften damit die Hauptschwierigkeiten überwunden sein und die Ernennung Fehrenbachs zum Reichszanzler würde dann in kürzester Zeit zu erwarten sein. — Ueber die Auffassungen im demokratischen Lager meint die „Boschische Zeitung“, daß man dort noch wie vor den Wunsch habe, die Tür nach links offen zu halten und die alte Koalition früher oder später wieder herzustellen. — Eine Konferenz der Wahlkreisvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, die gestern in Berlin tagte, billigte den bekannten Standpunkt des Vorsitzenden der Partei ausdrücklich.

Subel in der Nordmark.

Der Reichspräsident Ebert ließ am Mittwoch dem Oberbürgermeister der Stadt Flensburg ein Telegramm zugehen, worin er der Bevölkerung anlässlich der Rückkehr der alten deutschen Stadt aus der zweiten Zone zum deutschen Mutterland seine herzlichsten Glückwünsche aussprach. In dem Telegramm heißt es: „Flensburg und die zweite Zone sind nun auf immer mit dem deutschen Vaterlande wieder verbunden, dessen Regierung Treue um Treue vergelten wird.“

Aus Anlaß der feierlichen Rückkehr der deutschen Truppen nach Flensburg prangte gestern die ganze Stadt im Fahnenschmuck. Am 10 Uhr vormittags begann die Feier mit einem Gottesdienst, dem Schulfeiern vorangegangen waren. Lange vor Beginn der Begrüßungsfeier auf dem Sueder-Markte hatte sich eine ungeheure Menschenmenge angesammelt. Kurz vor 11 Uhr trafen die Truppen vor der Stadt ein und wurden unter dem Jubel der festlich gestimmten Menge und unter den Klängen des Schleswig-Holstein-Marsches nach dem Suedermarkt begleitet, auf dem sich Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, Vereine, Innungen, studentische Abordnungen aus Kiel usw. eingefunden hatten. Nachdem das niederländische Dankgebet gesprochen war, hielt Oberbürgermeister Dr. Todt eine Ansprache. In seiner Rede gab er der tiefsten Freude der Bevölkerung in Stadt und Land über die Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande Ausdruck und hieß die anwesenden Vertreter des Reiches, Dr. Köster und Severing, sowie die Reichswehrtruppen und alle erschienenen Abordnungen herzlich willkommen. Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland endigte die Ansprache. Darauf ergriff Reichsminister Dr. Köster das Wort, der im Namen der Reichsregierung und des ganzen deutschen Volkes Flensburg und seine Bewohner sowie diejenigen der zweiten Zone begrüßte.

Durch einen Nachspruch der Wegner sei die zweite Zone eine Zeitlang vom alten Vaterlande abgeschnitten gewesen. Aber jetzt sei sie freiwillig zu uns zurückgekommen. Es sei ein Sieg des Rechts gewesen, der hier erfochten wurde, ein Sieg der Idee des Selbstbestimmungsrechts, der hier zu erstehen drohte im Schlamme des Egoismus. Hier habe man einen Triumph unseres neugeborenen Nationalbewusstseins erlebt und dieses Land könne niemals untergehen. Die Treue der Schleswig-Holsteiner zu ihrem Heimatland habe Deutschland seine Nordmark gerettet. Dr. Köster schloß mit einem Hoch auf Schleswig-Holstein. — Nach den vielfach von lebhaftem Beifall begleiteten Reden, veranstalteten die Versammelten einen imposanten Zug, der sich durch die Straßen der Stadt bewegte.

Bei der Festtafel, die sich diesen Feierlichkeiten anschloß, hielt der Minister des Innern, Severing, eine Ansprache, worin er u. a. sagte: Wenn man Zeuge im Mittelpunkt einer so gewaltigen Kundgebung wie hier war, habe man das Gefühl, daß wir die moralischen Güter wieder zurückerobert, die in einer langen Geschichte das Volk großgemacht haben. Der Minister schloß mit einem Hoch auf die deutsche Treue.

Gestern nachmittag erfolgte im Beisein der in Flensburg eingetroffenen Minister und zahlreicher Geladener auf der Marinestation Rürwil die feierliche Hisung der deutschen Flagge.

Zur äußeren Lage.

Die gespannte Lage in der Pfalz.

(W.B.) München, 17. Juni. Halbamtlich wird gemeldet: Die Lage in der Pfalz droht zu einer Katastrophe auszuwachsen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die französische Besatzungsbehörde die jüngst vollzogene Verhaftung sozialdemokratischer Arbeiterführer zu einer Machtdemonstration ausnützen will. In Ludwigshafen sind Truppenverstärkungen eingetroffen. Starke Patrouillen mit Maschinengewehren durchziehen die Stadt. Harmlose Passanten werden auf ihre Ausweise geprüft. Bekanntmachungen verlangen die Ablieferung verpackter Waffen. Die Verhängung des Belagerungszustandes über die Pfalz wird befürchtet. Am Freitag, den 19. ds. Mis., mittags 12 Uhr, erwartet die Arbeiterschaft der Pfalz die Antwort auf ihren Protest gegen die Verhaftungen. Dann wird es sich zeigen, ob in der Pfalz der französische Militarismus neue, vielleicht blutige Triumphe feiert wie seinerzeit im Ludwigshafener Postamt, oder ob doch noch Vernunft und Menschlichkeit den Sieg davontragen.

Frankreich nimmt seine farbigen Truppen in Schutz.

(W.B.) Paris, 18. Juni. In der gestrigen Kammer-Sitzung erhob nach Beratung des Etats des Kriegsministeriums der Kriegsminister André Lefevre Einspruch gegen die Angriffe von deutscher Seite auf die schwarzen Truppen, d. h. die Senegalesen. Diese gäben keinen Anlaß zu Beschränkungen seitens der Bevölkerung, hielten vielmehr Disziplin und achteten die Bewohner. Die von ihnen hervorgerufenen Zwischenfälle seien weniger zahlreich als die bei anderen Truppen.

Polnischer Völkerechtsbruch.

* Berlin, 18. Juni. Ueber einen unerhörten polnischen Völkerechtsbruch heißt es im „Berl. Lokalanz.“ aus Marienwerder: Dr. v. Holtum, der Geschäftsführer der Zentrale für Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien im westpreussischen Abstimmungsgebiet, wurde in der Nacht zum 17. Juni in Neustadt (im polnischen Korridor) aus dem Schlafwagen heraus verhaftet. Irrendwelsche Gründe wurden nicht bekannt. Es sei aber anzunehmen, daß die Polen mit der Verhaftung die Abwicklung der deutschen Vorbereitungen zur Wahl erschweren wollten. Holtum hat stets eine sehr ruhige Haltung im Abstimmungsgebiet bewahrt.

Die Konferenz von Boulogne.

(W.B.) Paris, 18. Juni. Es bestätigt sich, daß die Konferenz von Boulogne am Montag, den 21. Juni, stattfinden wird. Außer den Vertretern Englands und Frankreichs sind Italien, Belgien und Japan eingeladen worden, sich vertreten zu lassen. (W.B.) Paris, 18. Juni. Nach einer Privatmeldung des „Temps“ aus London werden in Boulogne zwischen Lloyd George und Millerand außer der Festsetzung der deutschen Schuld auch die Beziehungen zu Rußland besprochen werden.

(W.B.) Paris, 17. Juni. Die Senatskommission erörterte die Festsetzung der deutschen Entschädigungssumme und die demnächst stattfindenden englisch-französischen Verhandlungen über diese Frage. In der Erörterung wurde verlangt, daß an die Festlegung der deutschen Entschädigung gewisse Bedingungen geknüpft werden müßten. Es müsse eine interalliierte oder internationale Anleihe zustande kommen, deren erste Rate größtenteils dem für die verwüsteten Gebiete geschaffenen Spezialfonds zuzuführen müsse. Die nächste Rate wüßte dann unter gewissen Bedingungen für Deutschlands wirtschaftlichen Wiederaufbau Verwendung finden.

Amerika und die Konferenz in Spa.

(W.B.) Rotterdam, 17. Juni. Das Staatsdepartement in Washington widerspricht, wie der „Nieuwe Rotterd. Cour.“ meldet, amtlich dem Gerücht, monach Oberst House nach Europa gegangen sei, um die Ver. Staaten in Spa zu vertreten. Unter den gegenwärtigen Umständen würden die Ver. Staaten wahrscheinlich nicht auf der Konferenz vertreten sein.

Der Deutschenhaß in Belgien.

(W.B.) Berlin, 17. Juni. Dem Beispiel von Antwerpen will nunmehr auch Gent folgen und eine ähnliche deutschfeindliche Kundgebung veranstalten, wie sie letzten Sonntag in Antwerpen stattgefunden hat. Die Kundgebung soll im Juli stattfinden und sich gegen die Belgier richten, die während der Besetzung mit Deutschen gearbeitet haben. Auch im Brüssel soll man die Absicht haben, eine ähnliche Kundgebung zu veranstalten.

iebenzell.
erte
Kurverwaltung.
n regelmäßig
Konzerte
lagen statt.
Uhr.
von
Pforzheim
ausgeführt.

Dillweissenstein
heim

heim
Dillweissenstein
heim

Dillweissenstein

Bedürfnis)

abend-Konzerte
stungen erfolgt

Person Mk. 1.50.

en die Konzerte
um“ statt.

ung.

fen,

irdenes

erfeste

h-Gläser.

iebenzell

schäft.

uni, von vor-

erer Stallung

ransport

tarker

und

ten

haber freund-

Löwengart.

verkaufen:

mit Futter

31/2flügel u. Oberlicht)

Essenfab, verzinkt

leere Delfässer

eb. leere Flaschen

rrad-Vollgummi

28x1 1/2, neu

Hasherb, 2 Fl.

ab, Liebenzell.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Kommunalverband Calw.
Betreff: Fleischversorgung.

Infolge Mangels an schlachtreifen Tieren kann für diese Woche in den meisten Gemeinden kein Fleisch zur Ausgabe gelangen. Als Ersatz dafür wird an Fleischverorgungsberechtigten, soweit sie Nichtigkeitsgegner sind, 1 Ei pro Person ausgegeben. Die Schultheißenämter der Bedarfsgemeinden wollen die ihnen zustehenden Eier bei der Sammelstelle Calw abholen lassen. Die Schultheißenämter der Ueberhöhgemeinden wollen die nötige Anzahl Eier für die Fleischverorgungsberechtigten der örtlichen Sammelstelle entnehmen. Außerdem wird in der laufenden Woche Schmalz, 175 Gramm pro Person zum Preise von 19,20 Mark das Pfund abgegeben gegen den Fleischartenwochenabschnitt Nr. 1.

Calw, den 18. Juni 1920.

Oberamtmann: G. S.

Oberamt Calw.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöft der Katharine Häfete, Witwe in Simmozheim, Geb. Nr. 126.

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182-192 der Min.-Verfügung hiezu vom 11. Juli 1912 (R.W. S. 317 ff.) ergeben folgende Anordnungen:

A. Sperrbezirk: 1. Gemeindegemarkung Simmozheim. 2. Engster Sperrbezirk das Gehöft und die in der Gasse dahinter gelegenen Höfe.

B. Beobachtungsgebiet: wie A. 1.

C. In den Umkreis von 10 Kilometer um den Seuchenort werden einbezogen alle Gemeinden des Bezirks mit Ausnahme von Nischalden, Bergorte, Neumweiler, Zwerenberg.

I. Besondere Maßregeln für den Sperrbezirk.

1. In dem verseuchten Gehöft ist über die Ställe oder sonstigen Standorte, wo Klauenvieh steht, die Sperre verhängt, die abgesperrten Tiere dürfen nur mit oberamtlicher Erlaubnis aus dem Stall (Standort) entfernt werden. Weitere Vorschriften sind erteilt über die Verwendung der Pferde außerhalb des Gehöfts, die Verwahrung des Geflügels, die Fernhaltung fremden Klauenviehs von dem Gehöft, das Weggeben von Milch, die Abfuhr von Dünger und Jauche, die Ausfuhr von Futtermitteln und Wolle, das jedesmalige Herausbringen von Fahrzeugen und Gerätschaften, namentlich Milchtransportgefäßen, die Entfernung von Ra-

bauern u. a. Der Besitzer, sein Vertreter, die mit der Beaufsichtigung, Wart und Pflege der Tiere betrauten Personen und Tierärzte müssen sich beim Verlassen eines gesperrten Stalls reinigen und desinfizieren. Anderen Personen ist das Betreten der gesperrten Ställe verboten. Zur Wartung des Klauenviehs in dem Gehöft dürfen Personen nicht verwendet werden, die mit fremdem Klauenvieh in Verbindung kommen.

2. Sämtliches Klauenvieh (Rindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine) nicht verseuchter Gehöfte unterliegt der Absonderung im Stalle und darf nur mit oberamtlicher Erlaubnis zur sofortigen Schlachtung entfernt werden.

3. Sämtliche Hunde sind festzuliegen.

4. Schlächtern, Viehkaufleuten, sowie Händlern und anderen Personen, die gewerbsmäßig in Ställen verkehren, ferner Hausierhändlern ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenvieh im Sperrbezirk und der Eintritt in die Seuchengehöfte verboten.

5. Dünger und Jauche von Klauenvieh, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Verbindung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nur mit polizeilicher Erlaubnis ausgeführt werden.

6. Die Einfuhr von Klauenvieh in den Sperrbezirk, sowie das Durchtreiben von solchem Vieh und das Durchfahren mit Wiederläufergepannen durch den Bezirk ist verboten. Ausnahmen für die Einfuhr kann das Oberamt zulassen.

7. Die Ver- und Entladung von Klauenvieh auf den Bahnhöfen im Sperrbezirk ist verboten.

II. Besondere Maßregeln für das Beobachtungsgebiet, soweit es in den Oberamtsbezirk fällt.

1. Klauenvieh darf aus dem Beobachtungsgebiet nicht entfernt werden. Das Oberamt kann die Ausfuhr in der Regel nur zu sofortiger Schlachtung zulassen.

2. Das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren mit Wiederläufergepannen ist verboten.

III. Gemeinsame Maßregeln für Sperrbezirk, Beobachtungsgebiet und 15-Kilometer-Umkreis, soweit sie in den Oberamtsbezirk fallen.

Verboten sind:

1. Die Abhaltung von Märkten und marktähnlichen Veranstaltungen mit Klauenvieh, sowie der Antrieb von Klauenvieh auf Jahr- und Wochenmärkte.

2. Der Handel mit Klauenvieh, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen

wird aber angedeutet, daß zwischen der Sowjetregierung und dem Oberkommando tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Trost zeigt den Offizieren größeres Entgegenkommen und gestatte ihnen, die zaristischen Auszeichnungen zu tragen. Die Offiziere hätten wieder uneingeschränkte Kommandogewalt. — Die Zeitung „Kuplaja Slistan“ verbreitet ein Gerücht, wonach die Bolschewiki alle gefangen gehaltenen Gegenrevolutionäre freigegeben wollen.

Schwindelnachricht über den Sturz der Moskauer Regierung.

ABC. Die über Vladimirostol nach Europa gelangte (und von uns mit Vorbehalt wiedergegebene) Nachricht von einem Sturz der Moskauer bolschewistischen Regierung hat sich als völlig unrichtig erwiesen. Es entbehrt nicht des Interesses, daß diese Nachricht gerade zu der Zeit ausgesprengt wurde, wo die Polen in der Ukraine in vollem Rückzuge begriffen sind und Kiew haben räumen müssen. Bereits am 11. Juni operierten, wie aus Moskauer Zeitungsberichten hervorgeht, bolschewistische Reitermassen im Rücken der Polen bei Schitomir und Berditschew.

Der Einfall Sowjetrußlands in Persien.

(W.B.) Paris, 17. Juni. Nach einer Havas-Nachricht aus Teheran hat die Sowjetregierung auf die Note der persischen Regierung in einer Erklärung geantwortet, die die Unternehmung, die die Sowjetregierung eingeleitet habe, richte sich nicht gegen die Unabhängigkeit Persiens, jedoch sei es notwendig gewesen, die russische Schiffsahrt im Kaspischen Meer zu schützen. Die Sowjetregierung verpflichte sich endgültig, Einfall an dem Tage zu veranlassen, an dem die Unabhängigkeit Persiens sichergestellt sei und Persien nicht mehr unter fremder Beeinflussung stehe.

Der rote revolutionäre Ausschuss von Persien.

(W.B.) Amsterdam, 17. Juni. Die „Times“ meldet aus Teheran: Der rote revolutionäre Ausschuss von Persien meldet in einer Proklamation die Ausrufung der Räterepublik in Reicht. Die persischen Bolschewisten haben in Telegrammen an die amerikanische und die französische Gesandtschaft die Erklärung eines roten Ausschusses und die Abschaffung der Monarchie bekannt gegeben, sowie gegen die fortdauernde Anwesenheit der englischen Truppen in Persien protestiert. Der Ausschuss beschloß ferner, alle zwischen der englischen und der persischen Regierung beschlossenen Abkommen für nichtig zu erklären.

Der Bogkott gegen Ungarn.

(W.B.) Budapest, 17. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung interpellierte Graf Albert Apponyi in der Angelegenheit des von dem Gewerkschaftsbund der Transportarbeiter in Amsterdam gefassten Bogkottbeschlusses gegen Ungarn und hob hervor, daß dieser Beschluß mit ungeheuerlichen Verdrehungen und Unwahrheiten begründet werde. Ministerpräsident Simonfi verwies zunächst darauf, daß der Bogkottbeschuß nicht von der Amsterdamer Arbeiterschaft, sondern von dem aus Gewerkschaftsekretären bestehenden Zentralbüro gefaßt worden sei. Die ganze Aktion sei eigentlich von russischen Bolschewisten ausgegangen. Gegenüber den im Bogkottbeschuß enthaltenen Daten stellte der Ministerpräsident fest, heute betrage die Anzahl der Internierten in dem gegenwärtig einzigen Internierungslager von Jala-Gerszeg 211. Die Anzahl der Todesurteile betrage nicht einmal 50. Auch unter diesen seien sehr wenig Arbeiter gewesen. Die Regierung unterrichtete das Ausland ständig über die Lage und sei überzeugt, daß die künftigen Maßnahmen der Regierung helfsame Früchte bringen würden. Der Ministerpräsident stellte sodann fest, daß die ungarische Arbeiter-

statfindet. Als Handel gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführung von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.

3. Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh.

4. Die Abhaltung von öffentlichen Tierjahren mit Klauenvieh.

5. Das Weggeben von nicht ausreichend erhitzter Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Verwertung solcher Milch in den eigenen Viehbeständen der Molkerei, soweit dies nicht schon ohnehin verboten ist, ferner die Entfernung der zur Anlieferung der Milch und zur Ablieferung der Milchrückstände benutzten Gefäße aus der Molkerei, bevor sie desinfiziert sind.

Als ausreichende Erhitzung der Milch ist anzusehen:

a) Erhitzung über offenem Feuer bis zum wiederholten Aufkochen;

b) Erhitzung durch unmittelbar oder mittelbar einwirkenden strömenden Wasserdampf auf 85°;

c) Erhitzung im Wasserbad, und zwar entweder auf 85° für die Dauer einer Minute oder, unter der Voraussetzung, daß durch geeignete Vorrichtungen eine gleichmäßige Erwärmung der gesamten Milchmenge oder Milchrückstände gewährleistet ist, auf 70° für die Dauer einer halben Stunde.

Die Desinfektion der Milchgefäße kann mit strömendem Wasserdampf oder durch Auskochen in Wasser oder 3prozentiger Soda- oder Seifenlösung oder auf eine der folgenden Arten geschehen: durch Einlegen der Gefäße in kochend heißes Wasser oder kochend heiße Sodablösung oder dünne Kalkmilch für die Dauer von mindestens 2 Minuten derart, daß alle Teile der Gefäße von der Flüssigkeit bedeckt sind

oder durch gründliches Abbürsten der Außen- und Innenfläche der Gefäße nebst Griffen, Deckeln und anderen Verschlußvorrichtungen mit kochend heißem Wasser oder kochend heißer Sodablösung oder dünner Kalkmilch.

Jeder weitere Ausbruch oder Verdacht der Seuche ist der Ortspolizeibehörde sofort nach dem Auftreten der ersten Krankheitserscheinungen anzuzeigen. Verletzungen der Anzeigepflicht oder der vorstehend angeordneten Schutzmaßregeln unterliegen den Strafbestimmungen des § 323 StGB und der §§ 74-77 des Viehseuchengesetzes und ziehen den Verlust des Entschädigungsanspruchs für Rindvieh nach sich.

Calw, den 15. Juni 1920.

Bögel, Amtmann.

Der deutsche Geschäftsträger in Portugal.

(W.B.) Paris, 18. Juni. Nach einer Havas-Nachricht aus Lissabon ist der deutsche Geschäftsträger, Geh. Rat Haug, in Lissabon eingetroffen.

Die türkische Friedensdelegation.

(W.B.) Toulon, 17. Juni. Der Dampfer „Gul Dschamal“ ist von Konstantinopel kommend, mit der türkischen Friedensdelegation an Bord, in Toulon eingetroffen. Die Delegation setzt sich aus zehn Personen zusammen, an deren Spitze der Großwesir steht.

Die Erhebung der türkischen Nationalisten.

(W.B.) Amsterdam, 17. Juni. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel: Französische Truppen, die nach Ereğli entsandt wurden, haben die türkischen Nationalisten von den dortigen Kohlengruben vertrieben.

(W.B.) Paris, 18. Juni. Nach einer Privatmeldung des „Temps“ aus Konstantinopel hat sich der englische Oberkommissar nach Ismid begeben. Dort ankern zwei französische Kreuzer. 7000 Mann von Mustafa Kemal Paschas Truppen haben die englischen Linien angegriffen. Ein schottisches Regiment ist nach Ismid übergeführt worden.

(W.B.) Paris, 18. Juni. Aus einer Meldung des „Temps“ geht hervor, daß die Türken bei Bogaziti 10 französische Offiziere und ungefähr 550 Soldaten gefangen genommen haben. Man hält das hier für einen Vorstoß gegen den mit Mustafa Kemal Pascha in Angora abgeschlossenen Waffenstillstand; doch ist die Nachricht von der Freilassung der Truppen noch nicht eingetroffen.

Die Sendung Krassins.

(W.B.) London, 18. Juni. Der ständige Ausschuss des Obersten Wirtschaftsrats und Krassin sind gestern Nachmittag zu einer Besprechung zusammengetreten.

(W.B.) London, 18. Juni. Krassin hatte eine Unterredung mit dem persischen Minister des Aeußern, Prinzen Ferid.

Köln, 17. Juni. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Kopenhagen: Der Londoner Vertreter der „Liberte“ hatte eine Unterredung mit Krassin, der ihm mitteilte, daß man sich irre, wenn man annehme, den Bolschewismus mit Gewalt auszurotten zu können. Die Entwicklung habe vielmehr gelehrt, daß der Bolschewismus Rußlands auch inmitten einer kapitalistischen Welt bestehen könne. Die Weltpropaganda sei für die Räteregierung eine absolute Notwendigkeit mehr. Diese Propaganda würde in dem Maße eingestellt, als es wünschenswert erscheine, die Beziehungen mit den anderen Staaten wieder herzustellen.

Russischer Gegenbesuch in England.

ABC. Bekanntlich haben sich die soeben aus Rußland heimgekehrten englischen Arbeiterdelegierten nicht dazu hergegeben, in England läugerische Lobeshymnen über Sowjetrußland anzustimmen. Die Bolschewisten lassen sich aber durch diesen Mißerfolg in ihrem Werben um die Gunst der englischen Arbeiter nicht beirren. Es soll nun ein Gegenbesuch in England gemacht werden. Wie die „Note Jahne“ mitteilt, hat das Plenum des Gewerkschaftsrates am 10. Juni beschlossen, eine Delegation der russischen Gewerkschaften zum Zwecke des Studiums der Arbeiterbewegung nach England zu entsenden. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die russischen Genossen die Absicht haben, die Verhältnisse in England sehr eingehend zu studieren und daß sie ihren Besuch nach Möglichkeit ausdehnen werden — zu einer regen bolschewistischen Propaganda.

Aus Sowjetrußland.

(W.B.) Kopenhagen, 17. Juni. „Berlinske Tidende“ meldet aus Helsingfors, daß die letzten eingetroffenen bolschewistischen Meldungen keine Bestätigung der früheren Blättermeldung von der Verhaftung Brusslows enthielten. Es

schloß dem Bogkottbeschuß vollständig fernstehe. Der Ministerpräsident erklärte schließlich, er glaube, da es sich hier um eine bolschewistische Aktion handle, brauche man nicht zu befürchten, daß die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit den Bogkottbeschuß sich zu eigen machen werde, sobald sie entsprechende Aufklärung erhalte. (Beifall.) Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

(W.B.) Wien, 17. Juni. Der „Abend“ veröffentlicht die von den österreichischen Eisenbahnern zur Durchführung des Bogkotts gegen Ungarn getroffenen Bestimmungen. Der Schnell- und Personenzugverkehr von und nach Ungarn bleibt vorläufig aufrecht erhalten. Wie das Blatt weiter mitteilt, hat die der Gewerkschaftskommission angeschlossene Staatsangestelltenorganisation des Post- und Telegraphenwesens beschlossen, am 19. Juni um Mitternacht den Brief-, Paket-, Telegramm- und Fernentelegrammverkehr von und nach Ungarn vollständig zu unterbinden. Ausgenommen sind Meldungen für die Entente-Kommision.

Der Bolschewismus in Japan.

(W.B.) Amsterdam, 17. Juni. Aus Tokio wird unter dem 14. Juni gemeldet: In Kobe wurde ein mit 400 Bomben gefüllter Korb beschlagnahmt, der für die japanischen Kommunisten bestimmt war.

Japanisch-chinesische Verhandlungen über Kiautschou.

(W.B.) Tokio, 18. Juni. Das Ministerium des Aeußern veröffentlicht den Inhalt der am 14. Juni an China gerichteten Note. Darin wird wiederholt, daß Japan wünscht, die Verhandlungen über die Rückgabe von Kiautschou an China einzuleiten und erklärt, daß Japan zur Rückgabe dieses Gebiets und zur Zurückziehung seiner Truppen bereit ist. Die Note erinnert dann daran, daß vor dem Versailler Frieden China in die Uebertragung von Schantung an Japan eingewilligt habe. Die Rückgabe von Kiautschou an China würde an den Bestimmungen des Versailler Vertrags nichts ändern. Die Note verlangt, daß China von seinem Beschluß zurückkomme, keine direkten Verhandlungen mit Japan eröffnen zu wollen.

Deutschland.

Nachwirkungen des Rapp-Butsches.

(W.B.) Berlin, 17. Juni. Beim Untersuchungsausschuß für die Märzvorgänge im Reichswehrministerium sind gegen 691 Offiziere Anlagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 307 Fällen entschieden. In 97 Fällen ist auf Dienstentlassung und Beurteilung erklart, während der Rest durch Verfestung und Niederschlag seine Entledigung fand. Um auch dem Unterpersonal zu seinem Recht zu verhelfen und unrechtmäßige Entlassungen zu verhüten, ist ein weiteres Referat für Beschwerden vom Unterpersonal, zuständig mit einem Offizier, Unteroffizier und einem Zivilreferenten, errichtet worden.

Ein Scheidemann-Prozeß.

(W.B.) Berlin, 17. Juni. Sonnenfeld senior, der behauptet hatte, auch ihm gegenüber sei seinerzeit von einer Scheidemann nahestehenden Seite erklärt worden, daß für die Tötung von Klara Viebnecht und Rosa Luxemburg 100 000 Mark von Scheidemann und Stasz bereit gestellt worden seien, wurde heute vom Landgericht in Berlin wegen Beleidigung Scheidemanns zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde auf Publikationsbezugnis im „Vorwärts“, in der „Freiheit“, der „Täglichen Rundschau“ und in der „Deutschen Zeitung“ erklart.

Republik nicht Freistaat Preußen.

(W.B.) Berlin, 17. Juni. Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung hat bei Beratung der einzelnen Paragraphen der Verfassung im § 1 die Bezeichnung Preußen als Republik, nicht als Freistaat, aufrechterhalten.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. Juni 1920.

Aus den Oberschulräten.

Zum Regierungsrat beim Rath, Oberschulrat wurde Gerichtsassessor Dr. Max Koch, Hilfsarbeiter bei dieser Behörde, und zum Regierungsrat auf gehobener Stelle beim Evang. Oberschulrat der planmäßige Assessor Schulrat Gajmann bei dieser Behörde ernannt.

Berufung nach Berlin.

Wie die „Spf. und Jagtzg.“ berichtet, ist der bisherige Zentrumsabgeordnete, Finanzmann Keil in Göppingen, als Oberregierungsrat in das Reichsfinanzministerium nach Berlin berufen worden.

Amthliches Landtagswahlergebnis.

In einer Sitzung des Landeswahlausschusses im Ministerium des Innern unter Vorsitz von Regierungsrat Dr. Widmann wurde das amtliche Ergebnis der Landtagswahlen festgestellt. Veränderungen von Bedeutung sind nicht zu verzeichnen. Es wurden abgegeben 1 096 286 gültige und 41 090 ungültige Stimmen. Die mehrfach gewählten Abgeordneten haben mit Ausnahme des Abg. Dr. Wolff die Wahl auf Grund der Kreiswahlvorschlagsliste angenommen. Für die Sozialdemokratie wurden abgegeben 176 009, für die Unabhängigen 145 233, für die Bürgerpartei 102 319, für den Bauern- und Weingärtnerbund 193 671, für die Deutsche Volkspartei 37 199, für die Deutsche demokratische Partei 161 595, für das Zentrum 247 113 und für die Kommunistische Partei 33 147 Stimmen. — Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahl im 3. Wahlkreis Württemberg ist in Nr. 138 des „Staatsanzeigers“ vom Mittwoch zu finden.

Die Unabhängigen und die Regierungsbildung in Württemberg.

Die neue Landtagsfraktion der Unabhängigen hielt, wie der „Sozialdemokrat“ berichtet, in Gemeinschaft mit dem Landesverband ihre erste Sitzung ab, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen. Die rechtssozialistische Partei, vertreten durch Abg. Keil, Pflüger und Steinmayer, hatte schon am 9. Juni eine Aussprache mit dem Landesvorstand der Unabhängigen. Keil suchte, so sagt das Blatt, den Eintritt in eine bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung mündgerecht zu machen. Die Unabhängigen gaben jedoch die Erklärung ab, daß sich ihre Partei nur an einer rein sozialistischen Regierung beteiligen könne, die aber im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in Frage komme. Diese Erklärung wurde von der gesamten Fraktion und dem Landesvorstand der U. S. P. einhellig gebilligt. Zu Vorsitzenden der Landtagsfraktion wurden die Abgg. Kinkel und Hoßha bestimmt.

Vom Gewerkschaftsrechtsausschuß Calw.

Man schreibt uns: In der letzten Sitzung des Ausschusses wurden folgende Punkte beraten: 1. Zusammenfassung aller freigezwecklichen Betriebsräte des Oberamts Calw zu einem Bezirksbetriebsrat. Dies sei notwendig, um so die dem Betriebsrat obliegenden Pflichten miteinander zu besprechen, auch sollen belehrende Vorträge gehalten werden. An einem der nächsten Sonntage soll diese Konferenz stattfinden; vollständige Beteiligung aller Betriebsräte und Betriebsobmänner ist zu erwarten, die einer Organisation des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes oder der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände angehören. (Näh. s. Jn. in späterer Nummer.) — 2. Die Errichtung eines Gewerbegerichts, die von der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes mit dem hiesigen Ortsausschuß gemeinsam beim Arbeitsministerium beantragt wurde, macht Fortschritte und es wäre eine recht baldige Erledigung erwünscht im Interesse aller Beteiligten. (Auch anlässlich der Tagung des Bezirksarbeitsamts wurde die Angelegenheit besprochen.) — 3. Die Erhöhung der Erwerbsteuern.

fürsorge wurde für notwendig erklärt im Interesse der jetzt auch hier wieder vorkommenden Kurzarbeiter. Die alten Sätze entsprechen nicht mehr der sich immer mehr steigenden Lebenshaltung. Zu wünschen aber wäre im Interesse der davon betroffenen, wenn der ortsübliche Tagelohn erhöht würde, weil dieser einwirkend auf die Unterhaltungsfrage. — 4. wurde Stellung genommen zu den unerhörten Preissteigerungen für Lebensmittel. Gerade in einer Zeit, wo der Abbau der Löhne verlangt wird und die Zahl der Arbeitslosen und verkürzt Arbeitenden schnell wächst, müssen derartige un sinnige Erhöhungen direkt aufsteigend wirken. Aber nicht nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten würden aufs schwerste betroffen, sondern vor allem auch die alten Leute, kleinen Rentner und Invaliden. Die sehr erregte Aussprache, in der mehrfach betont wurde, daß von menschlichem Gefühl bei den immer mehr wolkenden Erzeugern nichts zu merken sei, endete mit einem Protestschreiben gegen diese Preispolitik, welches dem Bezirkskartell für Württemberg zur sofortigen Verwendung an höherer Stelle übersandt wurde. Der Ortsausschuß behält sich weitere Maßnahmen vor. — Eine Anzahl geschäftlicher Angelegenheiten bildeten den Schluß der Sitzung.

Keine Ortswehren!

Neuerdings sind Bestrebungen im Gange, die auf die Bildung von bewaffneten, außerhalb der Einwohnerwehren stehenden Abteilungen abzielen. Die Bildung dieser ist nicht zuzulassen und, nach einem Erlaß des Ministers des Innern, strafbar. Die Oberämter wurden beauftragt, diesen Bestrebungen entgegenzutreten.

Vom Beirat der Verkehrsanstalten.

Am vergangenen Freitag hielt in Stuttgart der Beirat der Verkehrsanstalten eine fünf stündige Sitzung ab. Der Präsident der Eisenbahndirektion Stuttgart, Dr. Sigel, hielt dabei einen Vortrag über die Fahrplandüngung im allgemeinen. Wie ein Beiratsmitglied im „Oberschwäb. Anzeiger“ berichtet, führte Dr. Sigel etwa aus: Die Erstellung des Fahrplans sei seit Jahren eine zwangsläufige, Lokomotiv- und Wagenmangel, die Ablieferung an die Entente und auch Kohlenmangel hätten die ordnungsmäßige Aufstellung eines Fahrplans unmöglich gemacht. Der Kohlenvorrat sei derzeit für 3 Wochen ausreichend, früher 2 Monate. Die Finanzlage sei schwierig: der Betriebsabmangel in Deutschland betrage 13 Milliarden M., das Betriebsdefizit Württembergs einschließlich Verzinsung 170 Millionen M. Zur Beschaffung von Lokomotiven, Wagen usw. wurden allein 48 Millionen benötigt. Mittel zur Beseitigung des Defizits seien organisatorische Verbesserungen und Ersparnisse. Eine weitere Erhöhung der Tarife sei nicht in Aussicht zu nehmen. Gegenwärtig würden 48% des Friedensfahrplans gefahren, für Winter seien wieder Einschränkungen in Aussicht zu nehmen. Bei Aufstellung der Fahrpläne müsse zuerst auf den Arbeiterverkehr und dann auf den allgemeinen Personenverkehr Rücksicht genommen werden, der Schnellzugverkehr würde in Berlin geregelt. Auch im Güterverkehr sei eine weitere Erhöhung der Tarife die heute 472% betrage, nicht möglich. Der Bau neuer Bahnen und die Erstellung neuer Bahnstrecken sei zurzeit ausgeschlossen. Oberbaurat Straßer berichtete über den Lokomotivstand. Von 100 Lokomotiven seien 40 Stück in Reparatur, früher nur 18. Württemberg besitze 416 Personenzuglokomotiven, davon seien 240 betriebsfähig. Die Gesamtzugkraft sei aber stärker als 1914, da stärkere Maschinen in Betrieb seien. Unter den Kohlen befänden sich 20 bis 30% Steine. Ferienonderzüge könnten auch heuer nicht gefahren werden. Das württ. Personal sei viel tüchtiger als sonst im Reich. Regierungsrat Statal gab noch weitere Aufklärungen über den Fahrplan. Es fehlten 160 Personenzuglokomotiven, 180 seien neu bestellt. Die Selbstkosten eines Personenzugkilometers betragen heute 44 M., die Einnahmen daraus aber nur 19 M. 1899 betragen die Kosten für 1 km nur 3 M. Vom 20. Juni ab sollen die Entente-Expreszüge verkehren. Der Fahrpreis werde in Frankenwährung und unter Berechnung des 1/4-fachen Zuschlags erhoben. Präsident Dr. Sigel teilte noch mit, daß der Beirat der Verkehrsanstalten in einen drückenden und einen Reichsbeirat umgestaltet werde.

Genossenschaftlicher Getreideabsatz.

Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften Württembergs hat neuerdings dem gemeinsamen genossenschaftlichen Absatz und Bezug landwirtschaftlicher Erzeugnisse, insbesondere von Getreide und Hülsenfrüchten, besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Zu diesem Zweck sollen überall, wo die Voraussetzungen vorhanden sind, Bezugs- und Absatzgenossenschaften gegründet und Lagerhäuser erbaut werden. Im Anschluß an die Kaufstelle des Verbandes wird sodann, um den Absatz der Erzeugnisse vor Zersplitterung und gegenseitiger Konkurrenz zu schützen, eine Getreideabteilung gegründet werden. Die Kaufstelle hat in Ulm bereits ein kleineres Lagerhaus im Anschluß an das dort gemietete errichtet, in Vöhrach a. N. eine Malzfabrik gekauft, die in ein Lagerhaus umgebaut wird.

(S. B.) Ellingen, D.-A. Leonberg, 17. Juni. Die Heupreise fallen weiter. Es wurde schon Heu zu 6 Mark der Zentner verkauft.

(S. B.) Reutlingen, 17. Juni. Der ermordete Münchener Reichswehrsoldat Julius Maier von Reutlingen ist der 20 Jahre alte Sohn des Maurerpoliers Karl Maier hier. Er ist der Jüngste von drei Söhnen, wurde kurz vor Kriegsende zum Militärdienst einberufen und blieb nachher bei der Reichswehr. Daß es sich zweifellos um einen politischen Mord handelt, spricht li. „Schwarzw. Kreisztg.“, auch aus dem Umstande, daß bei der Leiche noch die Uhr und 35 Mark Bargeld gefunden wurden, ein Raubmord also ausscheidet. Der Tod ist durch Getränke eingetreten. Die Münchener Polizeidirektion hat beim Ministerium des Innern den Antrag gestellt, für die Aufklärung des Verbrechens eine Belohnung von 10 000 Mark auszugeben. Vorläufig hat sie aus eigenen Mitteln 1000 Mark als Belohnung zugesichert. Auf telegraphische Benachrichtigung ist der Vater des Ermordeten nach München abgereist.

(S. B.) Tübingen, 16. Juni. Ein begrüßenswertes Entgegenkommen gegenüber den an der Landesuniversität studierenden älteren Kriegsteilnehmern zeigt das württ. Kultministerium, indem es für sie die mit Semesterbeginn erhöhten Kolleggelder auf den alten Satz ermäßigt. In Betracht kommen dabei nur solche Studierende, die infolge des Kriegsdienstes mindestens vier Semester verloren haben und solche aktive oder ehemalige aktive Offiziere, die als ordentliche Studierende aufgenommen sind, wenn sie 2 Jahre Kriegsdienst geleistet und ebenfalls 4 oder mehr Semester verloren haben. — In einem Anschlag am schwarzen Brett wendet sich das akademische Rektorat gegen das besonders in diesem Semester überhand genommene „Schinden“ der Vorlesungen.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Gottesdienste.
3. Sonntag nach Trinit., 20. Juni. Vom Turm: 423. Predigtlied: 428. „Wer ausharrt...“ 8 Uhr: Frühpredigt, Missionar Schaible. 10 Uhr: Hauptpredigt, Stadtpfarrer Schmid. 1 Uhr: Christenlehre mit den Söhnen des jüngeren Jahrgangs. Donnerstag, 24. Juni. 8 Uhr abends: Bibelstunde im Vereinshaus, Stadtpfarrer Schmid.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, den 20. Juni. 8 Uhr: Frühmesse, 10 Uhr: Predigt und Amt, 2 Uhr: Andacht. Montag 8 Uhr vormittags: Gottesdienst in Liebenzell.

Gottesdienste in der Methodistenkapelle.

Sonntag morgens 10 Uhr und abends 8 Uhr Predigt, 11 Uhr: Sonntagsschule. Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Druck und Verlag der A. H. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftleitung verantwortlich: J. B. H. D. K. K. K. K. K.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Es können bestellt werden bis Dienstag, 22. Juni, auf Krankenspeisekarten Nr. 42 Zwieback Nr. 43 Reis und Kindergerstemehl. Die Kleinhandlender wollen die Bestellmarken am Mittwoch, 23., vorm. 8 Uhr auf dem Rathaus Zimmer 8 abliefern.

Stadtgemeinde Calw. Bekanntmachung.

Es wird bekannt gegeben, daß die Getreideernteflächenenerhebung 1920 im Laufe der nächsten 14 Tage durch eine besondere Kommission vorgenommen werden wird und zwar wie bisher im Wege der Erhebung durch Ortsliste. Die Bewirtschafter landwirtschaftlicher Grundstücke und ihre Stellvertreter sind verpflichtet, dieser Kommission über den Anbau und die Größe der bestellten Flächen alle geforderten Auskünfte gewissenhaft und wahrheitsgemäß zu erteilen. Desgleichen auch die Grundeigentümer, die ihre Grundstücke nicht selbst bewirtschaften. Gleichzeitg werden die zur Auskunft Verpflichteten darauf aufmerksam gemacht, daß denjenigen empfindliche Strafen treffen, der wesentlich oder fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben macht. Calw, den 17. Juni 1920. Stadtschultheißenamt: G. H. H. H. H.

Färberei Strubberg Chem. Waschanstalt.

Annahmestelle: Nane Schaible, Badstr.

Bezirks-Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge.

Für den Bezirk erhielten wir eine Anzahl 80 prozentige Feinfelse zugeteilt, welche an Ganz- und Halbblinde, Augenbeschädigte, Amputierte (Bein, Arm und Hand), sowie an tuberkulöse Kriegsbeschädigte und tuberkulöse Kriegswitwen zur Verteilung gelangen. Das 100-Gramm Stück kostet Mk. 3.20. Die in Betracht kommenden wollen sich während den Spreidstunden (Dienstag, Donnerstag und Samstag vorm.) umgehend melden. Anmeldungen nach dem 15. Juli finden keine Berücksichtigung mehr.

Mädchen-Gesuch.

Ein ordentliches, im Haushalt bewandertes Mädchen in kleine Familie für sofort oder später gesucht. Frau Fabrikant Emil Herion, Pforzheim, Nagoldstraße 2 oder zu erfragen bei Frau Herion, Calw, Badstr.

Mädchen gesucht.

Ein ordentliches Mädchen, nicht unter 20 Jahren, das gern im Garten mithilft und Lust hat, das Kochen zu erlernen. Gute Behandlung, Stellung dauernd. Näheres kann erfragt werden bei Frau Luise Zahn, Schuhgeschäft in Calw, Lederstr. Pfarrhaus Unterreichenbach.

Mädchen

für Zimmer und Bedienung bei guter Bezahlung für sofort oder 1. Juli gesucht. Frau Otto Gengenbach zum „Lamm“, Schömburg D. A. Neuenbürg.

Wohnungs-Tausch. Stuttgart — Calw.

Tausche schöne 3-Zimmerwohnung mit Bad, Gas, elektrisches Licht und allem Zubehör in bevorzugter Lage Stuttgarts gegen 4-5-Zimmerwohnung in Calw. Angebote unter E 138 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Heirat

in Verbindung zu treten. Briefe sind unter D. D. 20000 an die Geschäftsstelle des Blattes zu senden.

Habe abzugeben:

1 Sacco mit Weste (schwarzes Maringo) 1 gestreifte Hofe für größeren Herrn passend, sowie 18 Stück prima weißleinene Stehkragen, Weite 42, alles Friedensware, sehr preiswert! Selten günstiger Kauf! R. F. Schühle jr., Schneidermstr., Vorstadt.

Bauernhaus

mit viel Wiesenwuchs beim Haus, für Geflügelzucht geeignet, mit Vorkaufrecht, zu mieten gesucht. Am Wasser, wenn auch abgelegen, bevorzugt. Angebote unter N. B. an das Kontor d. Bl. erbeten.

Hühneraugen

Hornhaut etc. beseitigt dauernd. Ria-Balsam! Tausendfach bewährt. Viele Nachbestellungen. Preis Mk. 3.— franko. Nur zu beziehen durch Hofapotheke Hechingen, (Hohenz.) Guterhaltene Kisten. Chr. Schlatterer.

Neue Fahrpläne

das Stück zu 30 Pfennig, sind auf der Geschäftsstelle des Blattes erhältlich. Speßhardt. Habe 3 Morgen Heugras zu verkaufen. Die Hälfte ist Ackerfutter. Philipp Lörcher.

Anzeige im Calwer Tagblatt

auf, denn nur dadurch können Sie den schlechten Geschäftsgang einigermaßen heben.

Zur Ausführung
 elektr. Licht- und Kraft-
 anlagen, Klingelanlagen,
 Reparaturen aller Art,

empfehlte sich
Adolf Braun, Biergasse
 Nr. 128,
 Installations-Geschäft.

Heinr. Rühle
 Garnhandlung

empfehlte wollene und baum-
 wollene

**Strümpfe
 und Socken**

Diese werden auch nach Wunsch
 neuangefertigt oder angestriekt.

Färberei Staiger, Pfullingen

empfehlte sich im

Färben und chemisch reinigen
 v. Stoffen u. Kleidungsstücken
 aller Art,

auch Wollgarn, Leinwand u. s. w.
 — bei schonender Behandlung, —
 — 10-14 tägiger Lieferzeit. —

Annahmestellen:
 Friedrike Pfeiffer, Spezereihdlg., Calw.
 Gg. Kusmaul, Spezereihdlg., Liebenzell.

Mostansatz

ohne Steuer 150 Ltr.-Flasche 28 Mk.
 nach 1. Juli mit Steuer 48 Mk.
 empfiehlt

C. Straile, Althengstett.

Liebenzell.

Betten- u. Möbelverkauf.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Samstag, den
 19. Juni, vormittags von 9 Uhr an und fortgesetzt, in der
 Scheune neben dem „Döfchen“ gegen Barzahlung:

4 vollständige Betten, 2 eiserne und
 2 holzene Bettladen mit Matratzen
 und Unterbetten, 5 Kleiderkästen,
 1 Küchenbuffet, Stühle und Tische,
 Nachttische, Bilder und Spiegel,
 1 Nähmaschine, elektrische Beleuch-
 tungskörper, sowie allgemeinen Haus-
 rat.

Bemerkt wird noch, daß die Betten gut und
 schön sind.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtkno. K o l b.



Einen gut erhaltenen
Landauer
 hat preiswert zu ver-
 kaufen.

Wer jagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Calw, den 18. Juni 1920.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise inniger Liebe und Teilnahme, welche
 mir während der langen Krankheit und beim Hinscheiden unserer
 lieben Tochter, Schwester und Nichte

Maria

von allen Seiten in so reichem Maße erfahren durfte, für die trost-
 reichen Worte des Herrn Dekan, für den erhebenden Gesang des
 Kirchenchorquartetts, für die letzte der Entschlafenen durch ihre
 Altersgenossen und -Genossinnen zu teil gewordene Ehrung, sowie
 für die vielen Kranz- und Blumenpenden und die so zahlreiche Be-
 gleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, bitten wir auf diesem Wege
 unsern tiefgefühlten Dank auszusprechen zu dürfen.

Georg Pfau und Familie.

An meine werte Kundschaft!

Nachdem die

Gips- und Kalkbewirtschaftung

mit sofort. Wirkung aufgehoben ist,

bittle ich Interessenten für Gips und Kalk ihre

Bestellungen

wieder

direkt bei mir

machen zu wollen.

Ich bemerke noch, daß in beiden Artikeln

größerer Vorrat vorhanden ist.

Hugo Rau, Calw, Baumaterialien.

Verkaufe



einige Sofa

darunter gebrauchte

Samstag Mittag von 2 Uhr ab.

Wer? jagt die Geschäftsstelle des Blattes.

**K
A
F
F
E**

in bekannt
 gut. Mischung,
 roh u. jede Woche
 frisch gebrannt
 empfiehlt bestens

C. Serva.



Alle Musikinstrumente

für Haus und Orchester von
 den einfachsten Schiller- bis
 zu den feinsten Künstler-
 Instrumenten, aller Zubehör,
 Saiten u. s. w. in reichster
 Auswahl empfiehlt

Musikhaus Curth,
 Pforzheim, Leopoldstr. 17
 Arkadenriedalisch-Rohbrücke
 Großhandlung Einzelverkauf

Gebrauchte Grammophon-
 Platten und Bruch werden
 zu höchsten Tagespreisen
 angekauft. Ausführung aller
 Reparaturen und Stimmen.

Gechingen.

Ein Paar schöne



**Läufer-
 schweine**

hat zu verkaufen

Hermann Better, Molker.

1 dunkelblauer Anzug

für jung. Mann, guterhalten,

1 Paar Sandalen

Größe 41, noch sehr gut, sowie

1 Paar ältere Herren-

Stiefel, Größe 42, zu ver-

kaufen.

Zu erfragen in der Ge-

schäftsstelle des Blattes.

Zu verkaufen

1 Sportanzug

Karl Burkhardt,

Nonnengasse 139.

Kurzgefälltes, trockenes

Brennholz

in Fuhren zu Mk. 85.—

kann sofort geliefert

werden

L. Rärcher, Sägewerk,

Hirsau.

Junge, weiße, hornlose

Ziege

mit 2 Jungen verkauft am

Samstag Abend

Karl Greiner.

Stammheim.

Einen

Schaffstier

hat zu verkaufen

Jakob Schnalbe,

Olper.

**Dora Egelhaaf
 Dr. Arnold Anschütz**

zeigen ihre Verlobung an

Calw
 (Württ.)

Troßberg
 (Oberbayern)

Juni 1920.

Musikverein Unterreichenbach-Dennjacht.

unser



Ausflug
 nach Unterhaugstett
 in das Gasthaus z. „Hirsch“

zu Mitglied Lörcher

findet am Sonntag, den 20. Juni statt.

Der Vorstand: Karl Hammer.

Turnverein Unterlengenhardt.

Der Verein macht am Sonntag, den 20. Juni
 1920, (bei günstiger Witterung) einen



**Tanz-
 Ausflug**

nach Oberreichenbach ins
 Gasthaus zum „Löwen“.

Abmarsch mit Musik pünktl. 1/2 1 Uhr v. Turnplatz.
 Tanz- und Musikfreunde sind herzlich willkommen.

Der Ausschuß.

Mostansatz

Heinen's
 Dr. Schweiger's
 Breisgauer

noch ohne Steuerzuschlag so-
 lange Vorrat,

mit und ohne Süßstoff, empfiehlt
Spar- und Consumverein.

Deilmühle Gärtringen.

Teile meiner werten Kundschaft mit, daß meine
 Deilmühle noch bis zum 26. Juni
 jeden Tag in Betrieb ist.

Von da ab ruht der Betrieb bis zur neuen Ernte.

Wilhelm Guhl, Telephon 11.

Wir haben am kommenden Sonntag
 und Montag im Gasthaus zum „Löwen“

in Unterreichenbach

einen großen Transport

erstklassiger

Fohlen, 

worunter sich auch 1 1/2-jährige befinden,
 zum Verkauf, wozu Liebhaber freunde-
 lichst eingeladen werden.

Rudolf und Berthold Löwengart.